

Platz abbeck



Nr. 2, Januar 2001

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
 V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
 Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

■ Editorial

Auch die Karnevalszeit kann die Probleme der Stadt Köln nicht verdecken. Während sich die Kölner Schüler auf Karneval freuen, sind die Schulen in Köln nach wie vor in einem katastrophalen Zustand. Bereits seit 1997 ist bekannt, daß 128 von 288 Schulen gesundheitsgefährdende Schadstoffbelastungen aufweisen. Von 296 Fertigungseinheiten müssen nach Auffassung der Stadtverwaltung 287 abgerissen werden. Die Abrisskosten und die Kosten des Ersatzes belaufen sich auf 44 Mio DM. Die Gesundheit unserer Kinder ist ein wichtiges Gut. Wir werden auf die Stadtverwaltung Druck ausüben, damit die Schulen unverzüglich saniert werden.

Kürzlich wurde ein sog. JobCenter in Köln eingerichtet. Sozialhilfeempfängern sollen in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt Arbeitsstellen vermittelt werden. Soweit die Sozialhilfeempfänger die Arbeitsangebote nicht annehmen, kann ihnen die Sozialhilfe gestrichen werden. Wir werden weiterhin diese Maßnahme kritisch begleiten. Sozialhilfeempfänger müssen durch Qualifizierung in das Berufsleben einbezogen werden. Sie dürfen nicht als Niedriglohneempfänger das Lohnniveau weiter senken.

Noch immer fordern wir, dass wir sog. „Sachkundige Einwohner“ in die einzelnen Ausschüsse entsenden können. Unter „Sachkundigen Einwohnern“ versteht man Nicht-Ratsmitglieder, die mit beratender Stimme Mitglied eines Ausschusses sind. Wir wären dann in jedem Ausschuss mit beratender Stimme präsent. Somit könnten wir einen größeren Personenkreis in die politische Arbeit einbinden und gleichzeitig die Arbeitsbelastung auf mehr Schultern verteilen. Die Effektivität und Schlagkraft der PDS-Ratsgruppe könnte dadurch erheblich gesteigert werden. Offensichtlich wollen die Altparteien gerade dies verhindern. Wir werden in der gegenwärtigen Geschäftsordnungsdebatte aber darauf dringen, daß unser Anliegen berücksichtigt wird. In diesem Sinne, wünschen wir Euch schöne Karnevalstage!

Eure Sengül Senol



Köln schiebt ab

1 254 Menschen hat die Stadt Köln im letzten Jahr abgeschoben. Obwohl die Zahlen der Asylbewerber stark zurückgehen, werden die Menschenrechte mit Füßen gestößen.

Kamen 1993 noch 22 004 Asylbewerber nach Köln, so waren es im Jahre 2000 nur noch 9169.

„Die Festung Europa hat viele Menschen abgehalten das Asylrecht überhaupt

wahrnehmen zu können und jetzt schiebt die Stadt noch kräftig ab“, kritisierte Ratsmitglied Jörg Detjen die Stadt auf der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen. Nur 197 Personen sind freiwillig ausgeweisert, 725 Menschen sind untergetaucht.

„Wir brauchen ein Bleiberecht für Flüchtlinge und Illegale“ forderte Detjen im Ausschuss.

2000 Monat	Abschiebungen						Gesamt	freiwillige Ausreise		Untergetaucht
	Fälle ZAB Köln			Volkszuhilfe				davon jugosl.		
	Land	Luft	Insg.	Land	Luft	Insg.				
Januar	8	17	23	8	59	67	80	8		75
Februar	6	36	41	8	57	59	100			64
März	5	25	30	16	54	69	88	34	31	35
April	9	25	34	21	56	77	111	4	4	44
Mai	5	25	30	10	54	64	94	43	42	53
Juni	7	19	26	16	62	78	104	41	40	36
Juli	3	26	29	15	66	81	110	23	20	41
August	4	32	36	25	54	79	115	30	39	87
September	5	27	32	18	69	87	119	11	9	95
Oktober	3	20	23	10	61	71	94			69
November	9	28	37	16	60	69	135			83
Dezember	2	27	29	9	45	54	83	2		41
Gesamt	63	307	370	173	711	884	1.254	187	185	725

Sperrvermerk aufgehoben!

Auf der Sitzung des Hauptausschusses am 19.2.2001 wurde der Sperrvermerk für die Projektförderung im Rahmen des „Aktionsprogramms für ein friedliches Miteinander und gegen Intoleranz und Rechtsradikalismus“ gegen Öffentlichkeit gegen Gewalt (ÖgG) aufgehoben. In dem Beschluss heißt es: „Die Recherchen haben ergeben, dass ÖgG keine Verantwortung für das Verhalten des betroffenen Ordnungsleiters bei der Demonstration am 9.12.2000 trägt. Weder ist der Ordnungsleiter Mitglied des Vereins, (so die schriftliche Aussage des Vereinsvorstandes), noch hat ÖgG die Person benannt. ... Die Benennung des Ordnungsleiters erfolgte bei

einer gemeinsamen Versammlung beider Bündnisse; er wurde aus dem Bündnis „Köln stellt sich quer“ gestellt, das sich im übrigen lt. tel. Bestätigung des Versammlungsleiters als Organisator des Ablaufs sieht... ÖgG hat somit an der Benennung nicht mehr und nicht weniger mitgewirkt, als die anderen Bündnispartner, die sich gemeinsam dem Vorschlag von „Köln stellt sich quer“ angeschlossen haben.“ Das hatte Jörg Detjen in der Ratsitzung bereits angemerkt: Mit dem gleichen Recht könne man der FDP, die den Sperrvermerk beantragt habe, die Fraktionszuwendungen sperren, sie sei ja schließlich auch am Bündnis beteiligt gewesen.

Dokumentiert:

Rede zur Ratssondersitzung am 20.2. zur Schadstoffbelastung an Kölner Schulen von Jörg Detjen, PDS OL

„Der Antrag der Grünen und der Änderungsantrag der PDS haben sich erledigt“, mit dieser arroganten Feststellung wischten CDU und FDP jegliche Kritik an PCB belasteten städtischen Schulen und Kitas vom Tisch. Dass die Kritik aber berechtigt war, konnte man daran erkennen, dass OB Schramma kurzfristig versprach, die Messungen noch in diesem Jahr abzuschließen. Dazu würden finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Wann die Schulen nun wirklich saniert werden, bleibt offen. Die PDS Ratsgruppe veröffentlichte in einer Presseerklärung die Namen der 34 Schulen, die noch untersucht werden müssen, nachdem die Verwaltung sich weigerte, die Liste der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

Vor fast genau 11 Jahren hat der Rat der Stadt Köln einen Beschluss zur Untersuchung und Sanierung von PCB belasteten städtischen Gebäuden einstimmig gefasst. Haben wir heute eine Sondersitzung zu dem Thema, wurde vor 11 Jahren dieser Beschluss ohne Debatte beschlossen. In 11 Jahren hat es weder eine Koalition von SPD/CDU aber auch keine Koalition von CDU/FDP mit dem grünen Lorbeerzweig geschafft, überhaupt alle Schulen zu untersuchen. Geschweige denn diese Schulen zu sanieren.

Im Vorwort des Schadstoffberichtes schreiben Frau Dr. Christiansen und Dr. Leidel: „Durch die Verschlechterung der städtischen Haushaltslage musste der zeitliche Ablauf erheblich gestreckt werden.“ Dies ist eine vornehme Umschreibung, dass viele Kinder, Jugendliche und Lehrer z.B. in der Schule Reutlinger Straße über viele, viele Jahre in PCB belasteten Schulräumen Unterricht abhielten. Soll das die „Vorreiterrolle“ Kölns in der Schadstoffbekämpfung sein, von der Sie Herr Oberbürgermeister, heute in den Medien sprechen? Hätten die Untersuchungen in der Reutlinger Straße früher stattgefunden, hätte vielen Menschen gesundheitliche Schäden erspart bleiben können. Seit 1997 bis heute sind nur 15 Schulen untersucht worden. Das kann man und darf man nicht schön reden, sonst verkennt man das eigentliche Problem, dass die Schadstoffbelastungen in öffentlichen Gebäuden immer noch verharmlost werden. Es müssen immer noch 34 Schulen untersucht werden. Das muss in diesem Jahr geschehen, damit endlich eine vollständige Klarheit über die vorliegenden Gefahren vorhanden ist.

Schüler, Eltern und Lehrer müssen sofort unterrichtet werden, wenn erhöhte

PCB-Werte oder andere Schäden festgestellt werden. Im vorliegenden Ablaufplan im Schadstoffbericht auf Seite 3 ist eine Information für die Nutzer viel zu spät vorgesehen. Sehr plastisch kann man das auch an der Chronologie der Schadstoffuntersuchung in der Reutlinger Straße nachvollziehen:

Am 11. Mai wurde die Schule auf PCB untersucht. Am 14. Juni lagen die Messergebnisse vor. In einem Raum wurden 4070 Nanogramm (ng) PCB gemessen, in einem anderen Raum 2290 ng. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Nutzer nicht informiert und keine Maßnahmen ergriffen, die Werte zu senken. Am 26. Juni wurde erneut gemessen und am 17. Juli war klar, die Werte waren sogar auf 4500 ng gestiegen und in weiteren Räumen wurden erhöhte Werte über 300 ng festgestellt. Wieder wurden die Nutzer nicht unterrichtet und keine kurzfristigen Maßnahmen ergriffen, wie sie in den PCB-Richtlinien festgelegt sind.

Am 24. August wurde wieder gemessen, am 5. September wurden die Ergebnisse erneut bestätigt. Erst am 8. September wird der Schulleiter unterrichtet. Genau drei Monate zu spät, denn die PCB-Richtlinie legt fest: „Zwischenzeitlich ist durch regelmäßiges Lüften sowie gründliche Reinigung und Entstaubung der Räume eine Verminderung der PCB-Konzentrationen oberhalb von 3 000 ng PCB/m³ Luft sind akute Gesundheitsgefahren nicht auszuschließen (Interventionswert für Sofortmaßnahmen).“

Die Schließung der Schule erfolgte ebenfalls viel zu spät. In einem Schreiben vom 4.12.1997 an den damaligen Oberstadtdirektor Ruschmeier heißt es: „Lassen sich in Gebäuden, die öffentlich genutzt werden, durch Erstmaßnahmen die Werte nicht innerhalb von maximal 6 Mo-

naten auf unter 3000 Nanogramm pro m³ Luft senken, ist das entsprechende Gebäudeteil zu schließen.“

Die Schule Reutlinger Straße bzw. die betroffenen Räume hätten spätestens am 14. Dezember 2000 geschlossen werden müssen. (So wurde sie erst am 30.1.01 geschlossen).

Meine Damen und Herren,

ohne die Bereitstellung eines großen Haushaltspostens ist die Schadstoffbelastung nicht zu bekämpfen. Was nutzen uns 2 Mio. DM für Schönheitsreparaturen für die Schulen im neuen Veränderungsnachweis 1 zum vorliegenden Haushalt. Was nutzen uns 1,4 Mio. DM für Blockwarte zur Herstellung der Ordnung in den Bezirken, wenn die Schulen nicht in Ordnung sind. Und warum werden Eishockeykarten angekauft, wenn es darum geht Fachleute anzustellen, die dazu beitragen, dass die Schadstoffbelastungen zieltriebig saniert werden? Zu Recht spricht die Schulpflegschaft von zusätzlichen 50 bis 100 Mio. DM, die zusätzlich für die Schadstoffsanierung, neben der dringenden Schulsanierung benötigt werden.

Die PDS unterstützt die Forderung der Bezirksschülervertretung: „Vollständige Sanierung aller PCB und Asbest verseuchten Kölner Schulen innerhalb der nächsten 2 Jahren bis 2003.“ Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nach Anerkennung einer Berufskrankheit für alle Lehrerinnen und Lehrer, die mit PCB in Berührung gekommen sind.

Wir wollen mehr Transparenz und wollen konkrete Maßnahmen. Zusätzliche finanzielle Mittel für die Sanierung sind in dem Antrag der Grünen nicht vorgesehen. Ohne zusätzliche Mittel wird aber keine Änderung eintreten. Und ohne Protest und Druck der Schülerinnen und Schüler, der Lehrer und Eltern wohl auch nicht.

Offener Brief der Bezirksschülervertretung

an Oberbürgermeister Schramma, an den Rat der Stadt Köln, an das Schulamt und das Schulverwaltungsamt der Stadt Köln

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Tausende von SchülerInnen in Köln ist Schule Lebensraum für einen großen Zeitraum. Der PCB-Skandal stellt nur die Spitze des Eisbergs der unerträglichen und nicht mehr tolerierbaren Verhältnisse an Kölner Schulen dar.

Die BezirksschülerInnenvertretung Köln stellt deshalb folgende Forderungen:

- ◆ Vollständige Sanierung aller PCB und Asbest verseuchten Schulen innerhalb der nächsten Jahre (2003)
- ◆ Testkontrollen an allen Kölner Schulen in regelmäßigen Abständen von 5 Jahren
- ◆ Sofortige Beseitigung baulicher und gesundheitsgefährdender Mängel in den Schulen (Schimmel an den Wänden und Ratten)
- ◆ Instandsetzung aller sanitären Anlagen auf ein menschenwürdiges und hygienisches Maß
- ◆ Regelmäßige (tägliche) Reinigung der sanitären Anlagen aller Kölner Schulen

Jugendarbeitslosigkeit: Die im Dunkeln sieht man nicht...

Ermutigt von der statistischen Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit um ein Drittel will die Stadt die mit der 'JobBörse Junges Köln' erprobte Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Sozialamt ausdehnen.

Im Kern funktioniert diese 'Kooperation' so, dass nach Unterbreitung eines Arbeits- oder Qualifikationsangebot bei dessen Ablehnung die Zahlung von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe verweigert wird. Angeboten wurde in Köln unter anderem ein 'Praktikum' mit einem Monatsnettoeinkommen von unter 800 DM bei Vollzeit. Dieses Modell des faktischen Arbeitszwangs durch Leistungsentzug will NRW-Arbeitsminister Schartau landesweit anwenden, die Stadt Köln plant die Ausdehnung auf alle Empfängerinnen von Sozial- und Arbeitslosenhilfe in einem vom Bund geförderten Modellprojekt mit dem Namen 'JobCenter', das im Rat von allen Parteien außer der PDS/offene Liste beschlossen wurde.

Dass der offenkundige Skandal der JobBörse Junges Köln bislang kaum öffentlich wurde, hat vielfältige Gründe; sie reichen von der lukrativen Einbindung der Initiativen und Trägerszene bis hin zu Frauen gegen Erwerbslosigkeit in das repressive Programm über die Schwierigkeit, die Betroffenen zu rechtlichem Vorgehen und politischer Selbstorganisation zu gewinnen bis hin zur Kölner Medienlandschaft.

Mit einer Anfrage zu den angeblichen Erfolgen der JobBörse Junges Köln hat die PDS aufgedeckt, dass diese 'Erfolge' zu erheblichen Teilen nach der Maxime 'aus den Augen, aus dem Sinn' erzielt wurden: Von den 2.965 Jugendlichen, die seit Sommer 1999 in die JobBörse Junges Köln zitiert wurden, konnten 1.144 in Arbeit oder Qualifizierungsmaßnahmen vermittelt werden; 1.139 Betroffene finden sich in der statistischen Kategorie: „Vermeidung des Bezugs von Sozialhilfe durch Aktivierung von Selbsthilfepotentialen.“

Dies bedeutet im Klartext, so die Verwaltung in der Antwort auf die Anfrage, dass sie von diesen Leuten schlicht nichts weiß – außer dass sie keine Sozialhilfe mehr beziehen. „Die Verbleibstruktur soll noch in diesem Jahr in einem Gemeinschaftsprojekt mit dem Arbeitsamt konkret, z.B. durch Hausbesuche geklärt werden.“

Faktischer Arbeitszwang, eine Politik, die nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft, sondern die Arbeitslosen, muss angesichts der bereits beschlossenen Ausweitung dieses Verfahrens mit dem ausdrücklichen Ziel der Kostensenkung auch im Rahmen der Haushaltsdebatte weiter geführt werden.

Wolfgang Lindweiler

Weihnachtsbeihilfe kam zu spät

Am 27. November beantragte Frau K beim Bezirksamt Innenstadt, Fachbereich Soziales eine Weihnachtsbeihilfe. Da die städtischen Kopier gerade kaputt waren, erklärte sich Frau K bereit, die vorgelegten Unterlagen selber zu kopieren und der Verwaltung zu schicken. Das tat sie auch tags darauf. Man sollte ja wohl meinen, dass Frau K bis zum Heiligen Abend ihre Weihnachtsbeihilfe erhalten würde. Nichts geschah: Weihnachten rückte heran, dann Silvester. Nichts geschah. Am 9. Januar dann schrieb die Verwaltung, dass noch Unterlagen fehlen würden. Das ist ein Unding. Die Verwaltung muss doch versuchen, die Weihnachtsbeihilfe auch tatsächlich zu Weihnachten zu zahlen und Mängel frühzeitig zu beheben. jöd

Zentralisierung von Jugend- und Sozialamt in Köln geplant

Im Rahmen einer aktuellen Stunde diskutierte die Bezirksvertretung Nippes in ihrer letzten Sitzung die Neuordnung der

Bezirksverwaltungsstellen. Diese Neuordnung bedeutet auch eine Neuordnung von Jugend- und Sozialämtern zu jeweiligen Zentralämtern. Weisenstein von der PDS offenen Liste machte deutlich, dass die Zentralisierung die Kompetenz der Bezirksämter und der Bezirksvertretung beschneidet. Gelder werden künftig vom Zentraljugendamt ausgegeben und verwaltet. Die Fachaufsicht liegt nicht mehr im Bezirk, sondern im Zentraljugendamt. Das bedeutet umständliche Verfahrenswesen und wenig Bürgernähe. Zudem kann das sozialraumbezogene Know-how der Fachleute vor Ort nicht mehr optimal umgesetzt werden.

SPD und Grüne kritisierten in dieser aktuellen Stunde in erster Linie die zentrale Steuerung der Grünpflege, die schlecht funktioniere. Die CDU positionierte sich zum Thema nicht eindeutig. Wegen Beratungsbedarfs wurde die Beschlussfassung der BV vertagt. Die Position fortschrittlicher Kräfte in der noch ausstehenden Abstimmung ist klar: Jeder Kompetenzverlagerung von unten nach oben muss entschieden entgegengetreten werden. Zentralisierung heißt Entdemokratisierung! MW

Veranstaltung in Sindelfingen gegen Staudämme in Dersim

Am 10. Februar 2001 fand in Sindelfingen eine europaweite Großveranstaltung gegen den Bau von acht Staudämmen in Dersim (Tunceli) in der Türkei statt. Der Bau der Staudämme wird in der Region zu einer Naturkatastrophe führen sowie zur endgültigen Vertreibung der Bevölkerung. In den letzten Jahren sind durch das türkische Militär bereits ca. 260 Ortschaften zerstört und über die Hälfte der Bevölkerung vertrieben worden.

Die Veranstaltung wurde organisiert von der sog. Dersim-Initiative. An ihr nahmen ca. 3.000 Personen teil. Eine der Rednerinnen war Ratsmitglied Sengül Senol. Als gebürtige Dersimlerin sprach sie sich in der Veranstaltung für den Erhalt des größten Nationalparks der Türkei „Munzur-Gebiet“ (benannt nach dem gleichnamigen Fluß), der 42.000 Hektar umfasst, aus. Er bietet Lebensraum für viele einzigartige Tiere und Pflanzen. Sie machte auf eine internationale Vereinbarung zum Schutz von Nationalparks aufmerksam, die auch von der Türkei unterschrieben worden ist. Des Weiteren forderte sie alle Versammlungsteilnehmer auf, sich in Deutschland einbürgern zu lassen, um hier aktiv an der politischen Willensbildung mitwirken zu können. Nur auf diese Weise kann die Lebenswirklichkeit der in Deutschland lebenden Migranten verbessert werden.



Das Munzur-Gebiet

Nationalliberale FDP im Rat auf Rechtskurs

Der gemeinsam verhängte Sperrvermerk von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen eine Mittelvergabe von 45 000 DM an Öffentlichkeit gegen Gewalt (ÖGG), aus dem Aktionsprogramm gegen Rechts, wurde auf der letzten Ratssitzung am 1.2. nicht zurückgenommen. CDU und FDP wollten bis zur Hauptausschusssitzung am 19.2. die Angelegenheit erneut prüfen. Da die Vorwürfe vom FDP-Geschäftsführer Breite frei erfunden waren, musste der Hauptausschuss letztlich die Mittel freigeben. Trotzdem stimmt der Vorgang nachdenklich.

Die Politik von Bündnis 90/Die Grünen bleibt zwielichtig. Erst stimmen sie nach der Sitzung der Vergabekommission in einem Geheimtreffen einem Sperrvermerk auf Drängen der FDP und der CDU zu und dann bringen sie im Rat einen Antrag ein, den Sperrvermerk aufzuheben, ohne selbst ihre Zustimmung zum Sperrvermerk zurückzuziehen. Ein schon geniale Taktik.

Dagegen hat sich die FDP voll lächerlich gemacht. Schon seit Ende letzten Jahres befinden sich die 4 (%) FDPler auf Rechtskurs. In ihrer zweiseitigen Ratsposition griffen sie die CDU-Fraktion und insbesondere den Fraktionsvorsitzenden Prof. Bietmann scharf an. Sie hätten einer Entschädigung der Zwangsarbeiter zugestimmt und entscheidend dazu beige-

tragen, dass das Flüchtlingskonzept von Stadtdirektor Wimmer zurückgenommen worden sei. Alles Entscheidungen, die die vier FDPler im Rat und in den Ausschüssen übrigens mitgetragen hatten. Da staunte die CDU über die liberale Koalitionsfreundschaft, die jeder Sachlichkeit entbehrte. Trotzdem hielt die CDU der FDP auf der letzten Ratssitzung noch die Stange, als sie auf Repression setzte. Warum auch nicht: Antirassistische Arbeit ist manchem CDUler ein rotes(!) Tuch.

Da griff aber Polizeidirektor Granitzka ein, den die FDP fälschlicherweise immer als Kronzeuge gegen ÖGG ins Feld führte. Via Express erklärte er: „Ich verwahre mich dagegen, dass meine Auskünfte offenbar falsch wiedergegeben werden.“ Da machte die FDP lange Gesichter. Schlechte Bündnisarbeit möchte man wohl meinen?

Trotzdem bleibt ein Wermutstropfen: Dass der Rat im Aktionsprogramm gegen Rechts einer Gruppe 11 000 DM zugesteht die mit der rechten „Mevlana-Liste“ im Ausländerbeirat eng zusammenarbeitet, ist kontraproduktiv. Dass SPD und Grüne dem kritiklos zusehen, ist schon bitter.

Jörg Detjen

Express-Artikel vom

Polizeichef sauer auf FDP

Granitzka: Auskünfte falsch weitergegeben

Von PETER BERGER

Köln – So leicht lässt sich Polizeidirektor Winrich Granitzka nicht vor einen politischen Karren spannen. Die FDP-Ratsfraktion hatte ihn als Kronzeugen im Streit um den Verein „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ angeführt. Mitglieder des Vereins hätten bei der Anti-Nazi-Demo am 9. Dezember gewalttätige Ausschreitungen provoziert.

Diese Behauptung hatte fatale Folgen für den Verein: Der Rat strich ihm mit CDU/FDP-Mehrheit 45 000 Mark an Zuschüssen aus dem „Aktionsprogramm gegen rechte Gewalt“.

Er habe niemals eine Verbindung zwischen einem festgenommenen Demo-Teilnehmer und

dem Verein „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ hergestellt, so Granitzka. Im Gegenteil: Mit dem Verein habe die Polizei im Vorfeld der Demo gut zusammengearbeitet. Granitzka: „Ich verwahre mich dagegen, dass meine Auskünfte offenbar falsch weitergegeben werden.“

Die Grünen fordern jetzt von CDU und FDP: „Weg mit dem Sperrvermerk. Zahlt das Geld aus“, so Fraktionsvize Jörg Frank.

Auch die PDS feuert gegen CDU und FDP, weil die 10 000 Mark an den „Solidaritätsbund der Deutschen türkischer Herkunft“ genehmigte. PDS-Ratsmitglied Jörg Detjen: „Das ist eine Allianz rechts ausgerichteter Türken, die mit den Grauen Wölfen in Kontakt stehen.“

- Auch bei der Zahlung städtischer Gesellschaften in den Zwangsarbeiterentschädigungsfond kippte Bietmann in einer hitzigen Ratsdebatte noch auf dem Weg zum Rednerpult um (nicht körperlich, sondern geistig) und blockierte die von der IHK favorisierte Lösung.

- Beim Umgang der Stadt mit illegal eingereisten Personen, der bei Schleppern auf der ganzen Welt als Einladung verstanden werden muss, war der CDU das Lob von ganz links wichtiger, als ein Signal gegen fortgesetzten Sozialmissbrauch zu setzen.



Ralph Sterck ist Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion im Rat der Stadt Köln

- Als CDU und Grünen einer Absprache von vor 1999 folgend einen Schulneubau im Grüngürtel beschlossen (eigentlich müss-

FDP-Blättchen: KölnLiberal, Dez. 2000

Termine

Jeden Mittwoch, 18.00 Uhr:
Offener Treff der PDS Offene Liste mit allen Freunden und Interessierten zur laufenden Arbeit im Rat und den Bezirksvertretungen im Ratsbüro, Haus Neuerburg, Göllichplatz 3.

6.3.: PDS-Treff zum Thema: Haushalt der Stadt Köln/Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der PDS in Köln, Referenten: Sengül Senol + Jörg Detjen, MdR, 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Ehrenfeld

3.4.: PDS-Treff zum Thema: Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Ehrenfeld